

Die Gemeinwohl-Ökonomie – ein Wirtschaftsmodell mit Zukunft

88 Prozent der Deutschen und 90 Prozent der ÖsterreicherInnen wünschen sich laut einer Umfrage der Bertelsmann-Stiftung eine „neue Wirtschaftsordnung“. Die Gemeinwohl-Ökonomie bietet eine Alternative zu kapitalistischer Markt- und zentraler Planwirtschaft. Sie baut auf Beziehungs- und Verfassungswerte und misst ihre Umsetzung mit Gemeinwohl-Bilanzen und dem Gemeinwohl-Produkt. Nach sechs Jahren tragen über 2000 Unternehmen aus 40 Staaten, aber auch immer mehr Universitäten, Gemeinden und Regionen die Bewegung.

von Christian Felber und Paul Ettl

Mit den Worten „Diese Wirtschaft tötet“ sprach der Papst einer wachsenden Zahl von Menschen weltweit aus der Seele. Laut einer Accenture-Umfrage in 20 Staaten geben im Schnitt 67% der Bevölkerung an, dass die gegenwärtige Wirtschaft „dem Planeten und der Gesellschaft als ganzer nicht dient“. Die Bertelsmann-Stiftung erhob, dass 88 Prozent der Menschen in Deutschland und 90 Prozent in Österreich eine „neue Wirtschaftsordnung“ wünschen. Die Gemeinwohl-Ökonomie ist eine vollständige alternative Wirtschaftsordnung, die seit 2010 von einer wachsenden Zahl von AkteurInnen entwickelt wird. Sie sucht nach einer humaneren, sozialeren, ökologischeren und demokratischeren Ökonomie. Sie ist ein ganzheitlicher Ansatz, der Wirtschaft, Ethik, Demokratie, Gender und Ökologie zusammendenkt und neben einem theoretischen Modell auch einen praktischen Umsetzungsprozess vorschlägt.

Die tragenden Säulen der Gemeinwohl-Ökonomie sind dabei nicht „neu“, sondern eine Anpassung der Wirtschaftsordnung an die zeitlose Werte und Verfassungsziele. Geld und Kapital werden als Mittel des Wirtschaftens betrachtet, als das Ziel hingegen das Gemeinwohl. Dieses ist seit Thomas von Aquin ein Leitwert der christlichen Soziallehre: und wurde 2012 im Dokument „Zum Unternehmer berufen“ des päpstlichen Rates für Sicherheit und Frieden eindringlich wiederholt. Schon Aristoteles unterschied die Wirtschaftsweise der „oikono-



(Foto: Pixabaz, CCo)

mia“ (Geld ist ein Mittel) von der „chrematistike“ (Gelderwerb ist das Ziel). Im gleichen Geist besagt heute die bayrische Verfassung: „Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl“ (Art. 151), während „Kapitalbildung“ als „Mittel“ definiert wird (Art. 157). Die italienische Verfassung legt als Ziel für die öffentliche und private Wirtschaft das „Allgemeinwohl“ fest (Art. 41). Das deutsche Grundgesetz sieht Eigentum in der Sozialpflicht, weshalb sein Gebrauch zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen soll (Art. 14). Das Gemeinwohl-Ziel wird in der realen Wirtschaft jedoch weder erreicht noch gemessen. Es fehlen die geeigneten Erfolgsindikatoren.

Gemeinwohlprodukt

Heute bilden das Bruttoninlandsprodukt (Volkswirtschaft), der Finanzgewinn (Unternehmen) und die Finanzrendite (Investition)

die zentralen Erfolgsindikatoren. Sie messen jedoch nur die Mittel(akkumulation) und können daher gar nichts Verlässliches über die Zielerreichung aussagen. Das „Gemeinwohl-Produkt“ könnte zukünftig anhand eines repräsentativen Sets von Indikatoren (z. B. Gesundheit, Bildung, Teilhabe, sozialer Zusammenhalt, ökologische Stabilität, Sicherheit, subjektives Wohlbefinden) direkt die Zielerreichung und damit den „Erfolg“ einer Volkswirtschaft messen. Die konkreten Komponenten könnten von der Bevölkerung in kommunalen BürgerInnenbeteiligungsprozessen selbst definiert werden. Schon heute wird im Kleinstadt Bhutan das Bruttosozialglück erhoben, die OECD hat den „Better Life Index“ entwickelt und die UN gibt seit 2012 einen „World Happiness Repoert“ heraus. Das Gemeinwohl-Produkt wäre ein demokratischer Wohlfahrtsindex. Wenn es steigt, ist die Verbesse-

rung wesentlicher Aspekte von Lebensqualität gewiss. Ein Anstieg des BIP garantiert keine Verbesserung eines dieser Indikatoren.

Gemeinwohl-Bilanz

Der „Erfolg“ eines Unternehmens, sein Beitrag zum Gemeinwohl, würde analog mit einer „Gemeinwohl-Bilanz“ gemessen. Diese misst das Erfüllen der Verfassungswerte Menschenwürde, Solidarität, Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Demokratie. Sie beantwortet die brennendsten Fragen der Gesellschaft an alle Unternehmen, z. B.: Wie sinnvoll ist das Produkt, die Dienstleistung?, Wie ökologisch wird produziert, vertrieben und entsorgt?, Wie human sind die Arbeitsbedingungen?, Werden Frauen und Männer gleich behandelt und bezahlt?, Wie werden die Erträge verteilt?, Wer trifft die Entscheidungen?, Wie kooperativ verhält sich das Unternehmen auf dem Markt?

Gemessen werden 17 Indikatoren (siehe Matrix) in Punkten, jedes Unternehmen kann derzeit maximal 1000 Punkte erreichen. Das Ergebnis könnte in einer farblich unterscheidbaren Ampel neben dem Strich- oder QR-Code auf allen Produkten und Dienstleistungen aufscheinen. Streicht die KonsumentIn mit dem Handy über den QR-Code, erscheint auf dem Display die gesamte Gemeinwohl-Bilanz. Damit würde die Gemeinwohl-Ökonomie ein Grundversprechen der Marktwirtschaft erfüllen: nach umfassender und symmetrischer Information. Alle Produkte müssten ihre Entstehungsbedingungen und -umstände

preisgeben. Die KonsumentInnen hätten endlich eine solide Grundlage für eine rationale und ethische Kaufentscheidung.

Nicht minder wesentlich ist der zweite Schritt, die Belohnung hoher ethischer Leistungen: Je besser das Gemeinwohl-Bilanz-Ergebnis eines Unternehmens, desto mehr rechtliche Vorteile erhält es, zum Beispiel: Vorrang beim öffentlichen Einkauf, günstigerer Steuersatz, niedrigerer Zoll-Tarif, günstigerer Kredit bei der „Gemeinwohl-Bank“, Forschungsk Kooperation mit öffentlichen Universitäten.

Mithilfe dieser marktwirtschaftlichen Anreizinstrumente wird die verkehrte Situation von heute - dass unethische und rücksichtslose Unternehmen auf dem Markt belohnt werden, weil sie ihre Produkte billiger anbieten können – umgedreht: Ethische, ökologische, langlebige, regionale

und faire Produkte werden billiger als unfaire, wodurch die fairen und ethischen Unternehmen sich durchsetzen. Aus einer „unethischen Marktwirtschaft“ würde eine ethische Wirtschaftsordnung. Endlich würden die „Gesetze“ des Marktes mit den Werten der Gesellschaft übereinstimmen.

Gewinn nur noch Mittel

Die Finanzbilanz bliebe erhalten, aber das Gewinnstreben könnte differenziert eingeschränkt werden: Nach wie vor verwendet werden dürfen Gewinne für soziale und ökologisch wertvolle Investitionen, Kreditrückzahlungen, begrenzte Ausschüttungen an die Mitarbeitenden oder Rückstellungen. Nicht mehr erlaubt werden könnten hingegen: feindliche Übernahmen, Investitionen auf den Finanzmärkten, Ausschüttung an Personen, die nicht im Unter-

nehmen mitarbeiten, oder Parteispenden.

Um die Konzentration von Kapital und Macht und damit einhergehende übermäßige Ungleichheit zu verhindern, könnten „negative Rückkoppelungen“ bei Einkommen, Vermögen und Unternehmensgröße eingebaut werden: Während der Start in das Wirtschaftsleben gefördert und harte Lebenslagen solidarisch abgedeckt werden, wird mit zunehmendem Reicher-, Größer- und Mächtigerwerden das weitere Reicher- und Größerwerden immer schwieriger bis zu einer relativen Obergrenze. Die erste Million wäre die leichteste, jede weitere immer schwerer bis zum gesetzlich festgelegten Maximum von Ungleichheit. Die Begrenzung der Ungleichheit dient primär der Verhinderung der Überkonzentration von ökonomischer und politischer Macht. Die Gemeinwohl-Ökonomie versteht sich

deshalb nicht nur als vollethische, sondern auch eine tatsächlich liberale Marktwirtschaft, weil sie für alle die gleichen Rechte, Freiheiten und Chancen nicht nur propagiert, sondern auch effektiv schützt.

Kooperation statt Konkurrenz

Im größeren Bild möchte die Gemeinwohl-Ökonomie die Anreizkoordinaten für die Wirtschaftsakteure von Gewinnstreben und Konkurrenz auf Gemeinwohlstreben und Kooperation umstellen. Die gegenwärtige Dynamik, dass Marktteilnehmende im Gegeneinander den höchsten Finanzgewinn anstreben, ist der Systemfehler schlechthin und die Ursache für die lange Liste von Kollateralschäden der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung. Gier, Geiz, Neid, Rücksichtslosigkeit und Verantwortungslosigkeit grassieren

GEMEINWOHL-MATRIX 4.1

Diese Version gilt für alle Bilanzen, die ab dem 15. März 2013 für das zurückliegende Bilanzjahr eingereicht werden.



WERT BERÜHRUNGSGRUPPE	Menschenwürde	Solidarität	Ökologische Nachhaltigkeit	Soziale Gerechtigkeit	Demokratische Mitbestimmung & Transparenz
A) LieferantInnen	A1: Ethisches Beschaffungsmanagement Aktive Auseinandersetzung mit den Risiken zugekaufter Produkte / Dienstleistungen, Berücksichtigung sozialer und ökologischer Aspekte bei der Auswahl von LieferantInnen und DienstleistungsnehmerInnen				90
B) GeldgeberInnen	B1: Ethisches Finanzmanagement Berücksichtigung sozialer und ökologischer Aspekte bei der Auswahl der Finanzdienstleistungen; gemeinwohlorientierte Veranlagung und Finanzierung				30
C) MitarbeiterInnen inklusive EigentümerInnen	C1: Arbeitsplatzqualität und Gleichstellung mitarbeiterorientierte Organisationskultur und -strukturen, Faire Beschäftigungs- und Entgeltpolitik, Arbeitsschutz und Gesundheitsförderung einschließlich Work-Life-Balance/flexible Arbeitszeiten, Gleichstellung und Diversität 90	C2: Gerechte Verteilung der Erwerbsarbeit Abbau von Überstunden, Verzicht auf All-inclusive-Verträge, Reduktion der Regelarbeitszeit, Beitrag zur Reduktion der Arbeitslosigkeit 50	C3: Förderung ökologischen Verhaltens der MitarbeiterInnen Aktive Förderung eines nachhaltigen Lebensstils der MitarbeiterInnen (Mobilität, Ernährung), Weiterbildung und Bewusstsein schaffende Maßnahmen, nachhaltige Organisationskultur 30	C4: Gerechte Verteilung des Einkommens Geringe innerbetriebliche Einkommensspreizung (netto), Einhaltung von Mindesteinkommen und Höchsteinkommen 60	C5: Innerbetriebliche Demokratie und Transparenz Umfassende innerbetriebliche Transparenz, Wahl der Führungskräfte durch die Mitarbeiter, konsensuale Mitbestimmung bei Grundsatz- und Rahmenentscheidungen, Übergabe Eigentum an MitarbeiterInnen. Z.B. Soziokratie 90
D) KundInnen / Produkte / Dienstleistungen / Mitunternehmen	D1: Ethische Kundenbeziehung Ethischer Umgang mit KundInnen, KundInnenorientierung/ -mitbestimmung, gemeinsame Produktentwicklung, hohe Servicequalität, hohe Produkttransparenz 50	D2: Solidarität mit Mitunternehmen Weitergabe von Information, Know-how, Arbeitskräften, Aufträgen, zinsfreien Krediten; Beteiligung an kooperativem Marketing und kooperativer Krisenbewältigung 70	D3: Ökologische Gestaltung der Produkte und Dienstleistungen Angebot ökologisch höherwertiger Produkte/Dienstleistungen; Bewusstsein schaffende Maßnahmen; Berücksichtigung ökologischer Aspekte bei der KundInnenwahl 90	D4: Soziale Gestaltung der Produkte und Dienstleistungen Informationen/Produkten/Dienstleistungen für benachteiligte KundInnen-Gruppen. Unterstützung förderungswürdiger Marktstrukturen. 30	D5: Erhöhung der sozialen und ökologischen Branchenstandards Vorbildwirkung, Entwicklung von höheren Standards mit MitbewerberInnen, Lobbying 30
E) Gesellschaftliches Umfeld: Region, Souverän, zukünftige Generationen, Zivilgesellschaft, Mitmenschen und Natur	E1: Sinn und gesellschaftliche Wirkung der Produkte/Dienstleistungen P/DL decken den Grundbedarf oder dienen der Entwicklung der Menschen /der Gemeinschaft/der Erde und generieren positiven Nutzen. 90	E2: Beitrag zum Gemeinwesen Gegenseitige Unterstützung und Kooperation durch Finanzmittel, Dienstleistungen, Produkte, Logistik, Zeit, Know-How, Wissen, Kontakte, Einfluss 40	E3: Reduktion ökologischer Auswirkungen Reduktion der Umweltauswirkungen auf ein zukunftsfähiges Niveau: Ressourcen, Energie & Klima, Emissionen, Abfälle etc. 70	E4: Gemeinwohlorientierte Gewinnverteilung Sinkende/ keine Gewinnausschüttung an Externe, Ausschüttung an Mitarbeiter, Stärkung des Eigenkapitals, sozial-ökologische Investitionen 60	E5: Gesellschaftliche Transparenz und Mitbestimmung Gemeinwohl- oder Nachhaltigkeitsbericht, Mitbestimmung von regionalen und zivilgesellschaftlichen Berührungsräumen 30
Negativ-Kriterien	Verletzung der ILO-Arbeitsnormen/ Menschenrechte -200 Menschenunwürdige Produkte, z.B. Tretminen, Atomstrom, GMO -200 Beschaffung bei / Kooperation mit Unternehmen, welche die Menschenwürde verletzen -150	Feindliche Übernahme -200 Sperrpatente -100 Dumpingpreise -200	Illegitime Umweltbelastungen -200 Verstöße gegen Umweltauflagen -200 Geplante Obsoleszenz (kurze Lebensdauer der Produkte) -100	Arbeitsrechtliches Fehlverhalten seitens des Unternehmens -200 Arbeitsplatzabbau oder Standortverlagerung bei Gewinn -150 Umgehung der Steuerpflicht -200 Unangemessene Verzinsung für nicht mitarbeitenden Gesellschafter -200	Nichtoffenlegung aller Beteiligungen und Töchter -100 Verhinderung eines Betriebsrats -150 Nichtoffenlegung aller Finanzflüsse an Lobbies / Eintragung in das EU-Lobbyregister -200 Exzessive Einkommensspreizung -100

Detaillierte Beschreibung zu den Indikatoren finden sich im Handbuch zur Gemeinwohlbilanz auf www.gemeinwohl-oekonomie.org und im Redaktionswiki unter <https://wiki.gwoe.net/display/Redaktion/Home>. Rückmeldungen an die jeweiligen Redakteure sind sehr erwünscht.



In der Gemeinwohl-Matrix werden 17 Indikatoren dargestellt, nach denen ein Unternehmen bewertet wird.

nicht etwa deshalb, weil dies der Menschennatur entspräche, sondern weil es auf Märkten belohnt wird. Intelligent designte Märkte belohnen menschliche Tugenden und Beziehungswerte wie Ehrlichkeit, Respekt, Vertrauensbildung, Kooperation und Teilen. Entgegen dem Menschenbild der neoklassischen Ökonomie gibt es breite wissenschaftliche Evidenz, dass Kooperation stärker motiviert als Konkurrenz. Der Grund dafür ist: Kooperation motiviert über gelingende Beziehungen, während Konkurrenz primär über Angst motiviert. Die Gemeinwohl-Ökonomie schlägt konkret vor, dass aggressives Gegeneinander-Agieren wie Kannibalismus, Preisdumping oder Sperrpatente stark negativ angezogen werden soll; das Unterlassen von Hilfe soll schwach negativ; individuelle Kooperation schwach positiv und systemische Kooperation stark positiv angezogen werden. Wörtliche „Konkurrenz“ (zusammen laufen) und „competition“ (gemeinsam suchen) sollen die gegenwärtige „Kontrakkurrenz“ und „counterpetition“ ablösen.

Optimale Größe

Die heute „systemwidrige“ Kooperation zwischen Unternehmen macht plötzlich Sinn, wenn das Ziel nicht mehr aggressives Wachstum, sondern die optimale Größe ist. Jeder lebende Organismus wächst bis zu einer bestimmten optimalen Größe. Während in der Zeit des Wachstums geht die aufgenommene Energie (Nahrung, Licht, etc.) eben dafür verwendet wird, geht sie anschließend in die Produktion von Früchten. Die optimale Größe eines Unternehmens ist dann erreicht, wenn die Qualität des Produkts am höchsten, der ökologische Fußabdruck am kleinsten und den ethische Mehrwert am größten ist. Wenn Gewinn nur noch ein Mittel und die Maximierung des Gemeinwohls das Ziel ist, macht es Sinn, dass Unternehmen ihre optimale Größe anstreben und strategisch kooperieren, was zu einer Win-win-Situation führt. Sie müssen nicht mehr

Angst haben, gefressen zu werden, und nicht mehr wachsen, um

größer, stärker oder profitabler zu sein als andere. Alle Unternehmen sind vom allgemeinen Wachstums- und wechselseitigen Fresszwang erlöst.

Gemeinwohlorientierte Banken und Börsen

Damit auch die Finanzmärkte ihren Dienst an Wirtschaft und Gesellschaft wirksam erfüllen können, könnten alle Banken langfristig auf das Gemeinwohl ausgerichtet werden – so wie Sparkassen, Genossenschafts- und Kirchenbanken ursprünglich gedacht waren. Schon der Begründer der Raiffeisen-Idee, Friedrich Wilhelm Raiffeisen, stellte klar: „Geld ist indes nicht Zweck, sondern Mittel zum Zweck.“ In diesem Geist könnte jedes Kreditprojekt einer Gemeinwohl-Prüfung unterzogen werden, das über die Vergabe entscheidet. Das Ergebnis könnte – neben dem Risiko - auch Kreditkonditionen mitbestimmen. Damit würde das Finanzsystem in den Dienst der Verfassungen und ihrer Werte gestellt. Die bayrische Verfassung gebietet: „Das Geld- und Kreditwesen dient der Werteschaffung und der Befriedigung der Bedürfnisse aller Bewohner.“ (Art. 157) Das Projekt „Bank für Gemeinwohl“ in Österreich bereitet die Gründung einer gemeinwohlorientierten Bank vor.

Einen Schritt weiter gedacht könnten auch regionale Gemeinwohl-Börsen entstehen, die von den gemeinwohlorientierten Ban-

ken und Gemeinwohl-Gemeinden einer Region gemeinsam gegründet werden. Über diese könnten sich Menschen an besonders sinnvollen und ethischen Unternehmen beteiligen. Unternehmensanteile werden dort nicht gehandelt, und es wird keine finanzielle Dividende ausgeschüttet. Das stellt sicher, dass Geld-aus-Geld nicht länger das primäre Investitionsmotiv in der Wirtschaft ist, sondern eben Sinn und Werte: das Gemeinwohl.

Umsetzungsprozess

Die Gemeinwohl-Ökonomie beschreibt 20 Grundelemente der neuen Wirtschaftsordnung. Dazu zählen weitere Innovationen wie ein „Freijahr“ je Dekade im Erwerbsleben, ökologische Menschenrechte, die gleichzeitig Schutzrechte des Planeten wären oder eine negative Erbschaftsteuer alias „demokratische Mitgift“ zur Erhöhung der Chancengleichheit. Alle Vorschläge der Bewegung sollen in demokratischen Bottom-up-Prozessen, in „Komunalen Wirtschaftskonventen“, gemeinsam mit anderen Ideen diskutiert und vorsortiert werden. Über Delegation aus den „Gemeinwohl-Gemeinden“ könnte ein Bundeswirtschaftskonvent konstituiert werden, der die finalen Varianten für jeden Grundbaustein der Wirtschaftsordnung ausarbeitet. Diese könnten vom gesamten Souverän final abgestimmt werden - durch „Systemisches Konsensieren“, das bedeutet, dass der Vorschlag mit dem geringsten Widerstand ge-

winnt. Die Ergebnisse würden als Wirtschaftsteil in die Verfassungen eingehen und von dort bindend wirken für die gesetzgeberische Arbeit von Regierungen und Parlamenten. Langzeit-Ziel ist eine „souveräne Demokratie“, in der der Souverän, wörtlich die „über allem stehende“ Instanz, das höchste Dokument, die Verfassung, schreiben kann.

Systemisch Konsensieren

Gegen direktdemokratische Verfahren wird gerne eingewandt, dass Menschen das Bildungsniveau fehle, um ökonomische Fragen zu entscheiden, und dass manche ökonomischen Fragestellungen faktisch unentscheidbar seien. Die Praxis zeigt ein anderes Bild: Ich habe in den letzten Jahren mit ungefähr 50 000 Vortragsgästen in Europa und Lateinamerika das Spiel »Demokratischer Wirtschaftskonvent« gespielt. Dabei greife ich eine der Grundsatzfragen der Wirtschaftsordnung heraus, hole verschiedene Lösungsvorschläge dazu aus dem Publikum ab und lasse alle Vorschläge systemisch Konsensieren. Meistens werden drei bis sieben Vorschläge eingebracht – das ist offenbar ausreichend, um alle wesentlichen Bedürfnisse abzudecken. Mein Lieblingsbeispiel ist die Frage nach der Begrenzung der Ungleichheit bei Einkommen: die Maximaldifferenz zwischen Höchst- und Mindesteinkommen. Unter den Vorschlägen finden sich nicht selten die beiden Extreme »völlige Gleichheit« und »grenzenlose Ungleichheit«. Sind sie darunter, werden sie in der Regel mit größerer Leidenschaft vertreten als die Vorschläge dazwischen, mitunter auch aggressiv in dem Sinne, dass gesagt oder angedeutet wird, dass die Annahme jedes anderen Vorschlags einen Totalverlust der Freiheit oder Gerechtigkeit darstellen würde. Gewinnen tun sie aber nie, im Gegenteil, sie erfahren den höchsten Widerstand. In über 90 Prozent aller Fälle gewinnt der Faktor 10 als maximal zulässige Ungleichheit bei Einkommen. Bei einem angenommenen gesetzlichen Mindest-

**Unterstütze Free21
und hilf uns, noch
besser zu werden!**



**Nutze bitte dazu eines der folgenden
Crowdfunding-Konten:**

Bank: GLS Bank, IBAN: DE54 4306 0967 1168 5797 01,

Kontoinhaber: Tommy Hansen, BIC: GENODEM1GLS,

Verwendungszweck: FREE21

oder **Paypal-Konto:** tommy.hansen@free21.org

Für Deine Unterstützung bedanken wir uns sehr!



Das Abo 2016:

Erscheinung
alle 2 Monate.

10 Magazine
pro Abonnent
und Ausgabe.

10,-/Ausgabe.

free21abo.de

lohn von 1500 Euro pro Monat für die Regelarbeitszeit wäre das ein Maximaleinkommen von 15.000 Euro pro Monat. Häufig liegt der Sieger-Faktor auch niedriger, nur ganz selten darüber.

Der Unterschied zu den Ergebnissen der indirekten Demokratie sind frappierend: In Österreich beträgt die Differenz zwischen dem höchsten bekannten Einkommen und einem angenommenen Mindestlohn von 1000 Euro das 1.150-fache, in Deutschland das 6.000-fache und in den USA das 360.000-fache.

Internationale Bewegung zum Mitmachen

Der „Gesamtprozess Gemeinwohl-Ökonomie“ startete 2010 in Wien. Ein Dutzend klein- und mittelständischer Unternehmen aus Österreich wollte nicht länger hinnehmen, dass ihnen ethisches Verhalten zum Wettbewerbsnachteil gereicht. In sechs Jahren ist die Initiative zu einer internationalen Bewegung gewachsen: Derzeit unterstützen schon über 2000 Unternehmen aus 40 Staaten die Bewegung, rund 300 haben die Gemeinwohl-Bilanz freiwillig erstellt. Darunter befinden sich so unterschiedliche Unternehmen wie die Sparda Bank München, die Biogroßhändler Bodan (Baden-Württemberg) und Oikopolis (Luxemburg), der Outdoor-Ausrüster VAUDE, der Event-Dienstleister Satis & Fy aus Frankfurt, der Waldviertler Kräutertee-Hersteller Sonnentor, die Hotels Hochschober und La Perla aus Kärnten und Südtirol oder die Sozialbetriebe Lebenshilfe Tirol und Herzogsägmühle in Oberbayern. Die Unternehmen arbeiten teilweise in Peer-Gruppen zusammen und geben wertvolle Anregungen für deren Verbesserung der Bilanz.

Großes Interesse an der GWÖ herrscht an Schulen, Fachhochschulen und Universitäten. Die Universitäten Flensburg und Kiel erforschen in einer dreijährigen, vom Bildungsministerium geförderten Studie die Erstellbarkeit der Gemeinwohl-Bilanz in Großunternehmen. Mit dabei sind MAN,

E.ON, Deutsche Post DHL, Otto Group und DM. Drei Fachhochschulen haben bereits selbst die Bilanz erstellt. Eine davon, die Fachhochschule Burgenland, hat die weltweit erste Gemeinwohl-Berufstrategie bestellt. Die erste Bilanz-Universität, die Universität Barcelona, hat auch einen UNESCO Chair Gemeinwohl-Ökonomie in Paris eingereicht. Die Universität Valencia wird 2016 einen Lehrstuhl Gemeinwohl-Ökonomie einrichten.

Neben Unternehmen und Universitäten sind Gemeinden die dritte Pionier-Gruppe der Gemeinwohl-Ökonomie. In Spanien haben sich die ersten Kommunen per Ratsbeschluss auf den Weg zur Gemeinwohl-Gemeinde gemacht: Miranda de Azán bei Salamanca, Carcaboso in Extremadura und Orendain im Baskenland. Die vier Südtiroler Gemeinden Mals, Schlanders, Laas und Latsch haben die erste Gemeinwohl-Region initiiert. Eine Folge davon: Der Südtiroler Landtag beschloss, Unternehmen und Gemeinden mit Gemeinwohl-Orientierung im öffentlichen Einkauf und in der Regionalentwicklung zu fördern.

Erste Politische Erfolge

Den bisher größten politischen Erfolg feierte die Gemeinwohl-Ökonomie-Bewegung auf EU-Ebene. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss, ein 350-köpfiges Beratungsorgan von Kommission, Parlament und Rat, verfasste eine so genannte Initiativstellungnahme zur Gemeinwohl-Ökonomie, die in einem 8-monatigen Verfahren auf ein 10-Seiten-Dokument kondensiert wurde. In der Abstimmung im Plenum im September 2015 votierten 86% der Ausschuss-Mitglieder für den Einbau der Gemeinwohl-Ökonomie in den Rechtsrahmen der EU und ihrer Mitgliedstaaten. Es folgten mehrere Einladungen in das EU-Parlament, gleichzeitig nimmt die Bewegung die Anwaltschaft-Arbeit zu diversen Richtlinien und Gesetzesprojekten auf.

Der AkteurInnen-Kreis „Politik und Anwaltschaft“ ist gerade im Aufbau, zehn weitere existieren bereits: Bilanz-RedakterIn-

nen, BeraterInnen, AuditorInnen, ReferentInnen, BotschafterInnen und andere. Vor Ort bilden sich Regionalgruppen, die auch Energiefelder heißen. In Deutschland gibt es 25 davon. Insgesamt sind bisher 17 Vereine entstanden, die zusammen einen internationalen Verband gründen werden.

Am Prozess der Gemeinwohl-Ökonomie kann sich jede Privatperson, jedes Unternehmen, jede Organisation und jede Gemeinde niederschwellig beteiligen und eigene Ideen einbringen. Mehrere tausend Menschen von Schweden bis Spanien, von Serbien bis Chile tun dies bereits.

Autor:

Paul Ettl

61 alt, war 40 Jahre in der Softwareentwicklung tätig und mit seiner Firma Ettl-Software einer der ersten Pioniere, die 2011 eine Gemeinwohl-Bilanz für sein Unternehmen erstellt hat. Er ist Unternehmensberater für wertorientiertes Wirtschaften und Leiter der Friedensakademie Linz.



www.paul.ettl.at

Autor:

Christian Felber

43 alt, unterrichtet Alternative Ökonomie an der Wirtschaftsuniversität Wien. Er ist zeitgenössischer Tänzer, vielfacher Buchautor, internationaler Referent und Initiator der Gemeinwohl-Ökonomie sowie des Projekts Bank für Gemeinwohl in Österreich:



www.christian-felber.at

<<http://www.free21.org/?p=24253>>

